

Eine klimagerechte Mobilität für alle ist in unserem Land erreichbar



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Christian Zander (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 47 bis 53:

Als kurzfristiges Etappenziel müssen wir bis 2030/2025 unsere CO₂-Emissionen um 40/60 Prozent senken. Dazu sind enorme Anstrengungen notwendig: Wir müssen den öffentlichen Verkehr verdoppeln/vervielfachen und weiter verbessern. Wir müssen die Anzahl der Strecken in den Städten, die mit dem Auto zurückgelegt werden, um ein Drittel/auf deutlich weniger als die Hälfte reduzieren. Wir erreichen unser Ziel/dieses wichtige Ziel auf dem Weg zur Klimaneutralität nur, wenn bis 2030 jedes dritte Auto/2025 schon viel weniger Autos fahren und die verbleibenden das dann klimaneutral fährt, jedertun. Jeder zweite Weg sollte zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt und werden, jede dritte/zweite Tonne im Güterverkehr muss klimaneutral transportiert wird werden. Bis 2030 sollten wir dann eine Reduktion um 80% anstreben, um spätestens 2040 eine vollständige Klimaneutralität zu erreichen.

Begründung

In einem Wahlprogramm sollten primär Ziele für die kommende Wahlperiode stehen. Ziele, die darüber hinaus gehen, werden gern bis zum Sankt-Nimmerleinstag verschoben in der irrigen Annahme, es wäre noch Zeit in einer weiteren Legislaturperiode. Sie werden in diesen Fällen auch gern dem Koalitionsfrieden geopfert. Diese Zeit steht uns eigentlich nicht mehr zur Verfügung. **Um es in einer Metapher hart zu sagen, die Hütte brennt bereits lichterloh, Eimer reichen da nicht mehr, es müssen große Schläuche her.** Mit dem derzeit ausgestoßenem CO₂ sind wir bereits bei 1,2°, jede weitere Tonne CO₂ verschiebt das weiter nach oben.

Das Pariser Klimaschutzabkommen definiert einen Korridor, zwischen 1,5° und 2° bis 2050. **Je eher wir entschlossen handeln, desto eher bewegen wir uns am unteren Ende dieses Korridors und retten wichtige Ökosysteme.** Mittlerweile scheint die Erreichbarkeit des 1,5° Ziels ausgeschlossen zu sein, weil das entschlossene Handeln sehr oft gefehlt hat.

Das Kontingent an CO₂-Ausstoß, der weltweit noch machbar wäre, um das 1,5° Ziel zu halten, ist bereits in knapp über 7 Jahren erschöpft. Daher ist es nahezu unmöglich, dieses Ziel noch bis 2030 zu erreichen. Für 2° reicht uns das Kontingent zwar noch ca. 22 Jahre, das sollte uns aber nicht dazu bringen, uns auf dem Erreichten auszuruhen und damit erneut zu spät weiter zu machen. Die, auch sozialen, Einschnitte werden umso härter, je länger wir warten. Das sollten wir unbedingt vermeiden. In unser aller Interesse muss es daher sein, möglichst schnell und frühzeitig dagegen zu steuern. Das geht nur mit ambitionierten Zielen, die wir sofort angehen müssen. Die Bunderegierung hat mit immer neuen Kommissionen (siehe Kohleausstieg) das Thema viel zu lange ausgesessen. Und sich dann zur Krönung auch noch über das Ergebnis der Kommissionen hinweg gesetzt. **Bisher ist kein einziges der vorhandenen Ziele jemals wirklich erreicht worden, im Verkehrssektor nahm der CO₂-Ausstoß sogar zu.** Für uns als Grüne kann das nur bedeuten, in einem **GRÜN regiertem Land besonders hohe Anstrengungen zu unternehmen**, um wenigstens von unserer Seite aus den CO₂-Ausstoß massiv einzugrenzen. Dabei sollten wir explizit über die kompromissverhandelten Vorgaben der EU

hinausgehen. Dort haben wir nämlich keine Mehrheit. Für das Erreichen unserer Ziele muss alles getan werden. Unser Ziel kann und darf auch vor dem Hintergrund einer sich neu bildenden Klimaliste nicht sein, das Ziel so anzusetzen, dass es in jedem Fall erreichbar ist. Es muss, darf und soll eine große Herausforderung an alle darstellen.

Naturwissenschaftlich betrachtet ist der erste Teil üblicherweise leichter zu erreichen, als die letzten Prozenzte. Für die verbleibenden letzten 10-15 Prozent wird der monetäre Aufwand sicher ähnlich hoch sein, wie für die ersten 40%. Politisch ist es leider möglicherweise umgekehrt. **Je schneller und entschlossener wir aber jetzt handeln, umso leichter und weniger kostenintensiv wird es später. Nur, wenn wir es schaffen, die verbleibende Zeit für den vollständigen Verbrauch des CO2-Kontingents mit jetzt bereits durchgeführten Maßnahmen deutlich zu verlängern, wird der letzte Schritt überhaupt machbar sein.**

Die Entscheidung muss jetzt fallen, ob wir, obwohl **an der Regierung** nicht nur beteiligt, sondern in Baden-Württemberg mit der **Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten** ausgestattet, weiterhin nur das machen wollen, was wir gemeinsam mit unserem jeweiligen Koalitionspartner durchsetzen können, oder ob wir versuchen, deutlich mehr herauszuholen. Immerhin haben mittlerweile alle Parteien das Thema Klimaschutz für sich erkannt. Da kann es doch nicht sein, dass wir weiterhin mit nicht weit genug gehenden Kompromissen agieren und uns unambitionierte Ziele setzen, die in der nicht unmittelbaren Zukunft liegen (≥ 2030) oder welche die Reduktion in so niedrigen Prozentzahlen anstrebt, dass sie tatsächlich keine Herausforderung darstellen. **Wir müssen an der Aufgabe auch wachsen!**

Den Klimawandel radikal angehen heißt, sich die im Programmentwurf enthaltenen Ziele bereits als Ziele der kommenden Legislaturperiode zu setzen, und nicht zu warten!

Unterstützer*innen

Johanna Kemper (KV Tübingen); Pirmin Alexander Vogel (KV Konstanz); Moritz Pfeiffer (KV Tübingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Klaus Ernst Harter (KV Sigmaringen); Sven Müller (KV Konstanz); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Klaus Lambrecht (KV Tübingen); Johanna Dodillet (KV Konstanz); Susanne Floss (KV Tübingen); Josephine Füger (KV Tübingen); Karl-Heinz Trick (KV Ortenau); Lauritz Jansen (KV Tübingen); Dominik Basner (KV Tübingen); Elke Dengler (KV Esslingen); Volker Dodillet (KV Tübingen); Frithjof Rittberger (KV Tübingen); Elena Peony (KV Tübingen); Hans-Harald Kersten (KV Tübingen); Christoph Lederle (KV Tübingen); Petra Knaus (KV Sigmaringen); Sara Haug (KV Tübingen); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau)